

Protokoll:	Sozial- und Gesundheitsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	131
		TOP:	4a
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	24.10.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	Frau Grigsby (SozA)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	"Personalnot in der Pflege entgegentreten: Die Ausbildung z. zweijähr. Pflegeassistentenkraft einführen", - gemeins. Antrag Nr. 224/2022 v. 14.07.2022 (Die FrAKTION, SPD, PULS), - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Dieser Tagesordnungspunkt (TOP) wird auf Wunsch der Antragssteller entgegen der ursprünglichen Tagesordnung nicht unter TOP 11 im nicht öffentlichen Teil des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA), sondern im öffentlichen Teil der Sitzung als TOP 4a behandelt.

Bezugnehmend auf den Antrag und die darin unter Ziffer 2 formulierte Forderung erklärt BMin Dr. Sußmann, dass sich auch die Verwaltung für die Einführung einer zweijährigen Ausbildung zur Pflegeassistentenkraft in Ergänzung zur Ausbildung nach dem Pflegeberufegesetz ausspreche. Ein entsprechendes Schreiben an das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg werde gerade für Herrn OB Dr. Nopper vorbereitet. Dieses Schreiben werde nach Fertigstellung auch an die Ratsmitglieder weitergeleitet.

Im Folgenden berichtet Frau Grigsby (SozA) entsprechend dem Wunsch der Antragsteller analog der Präsentation über die aktuelle Situation in der Altenpflegehilfe und Krankenpflegehilfe in Stuttgart.

Im Verlauf der kurzen Aussprache plädieren die StRinnen Rühle (90/GRÜNE), Durst (CDU), Dr. Hackl (SPD), Müller-Enßlin (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierchutzpartei), von Stein (FW) und Schumann (PULS) übereinstimmend für eine bundeseinheitliche Regelung bei der Vielzahl an Helfer- und Assistenzberufen. Die Ratsmitglieder regen die Verwaltung an, in diese Richtung gegenüber dem Land und dem Bund tätig zu werden.

Die StRinnen Rühle und Dr. Hackl plädieren anschließend im Sinne des Antrags für die Einführung einer zweijährigen Ausbildung zur Pflegeassistentkraft. StRin Dr. Hackl verweist hierbei auf das Bundesland Bremen, wo diese Ausbildung mit generalistischer Ausrichtung bereits angeboten werde, und erklärt, dass die dortigen positiven Erfahrungen und Erkenntnisse auch auf Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart übertragen werden sollten. StRin Rühle erklärt, dass im Hinblick auf die mögliche Einführung einer zweijährigen Ausbildung zur Pflegeassistentkraft auch die Engpässe z. B. in der Praxisanleitung und bei den Praxiseinsatzstellen mitbedacht werden müssten bzw. hier gegengesteuert werden sollte.

Durch StRin Rühle wird ferner betont, dass es wichtig sei, für die Pflegeassistentkräfte die Möglichkeit zu schaffen, nach der Ausbildung eine Fachkraftausbildung anzuhängen, bei der die vorher erlangten Qualifikationen angerechnet würden (Verkürzung der Ausbildungszeit). Auch StRin von Stein macht deutlich, dass Karriere- und Aufstiegschancen angeboten werden sollten, um motivierten und fähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu bieten. Zugleich, so die Stadträtin, sollte der Zugang für die erwünschte zweijährige Ausbildung zur Pflegeassistentkraft weiterhin auch mit einem Hauptschulabschluss möglich sein.

Dies wird durch Frau Grigsby bejaht. In diesem Kontext berichtet die Verwaltungsmitarbeiterin ebenfalls, dass in Bremen im Rahmen der Ausbildung die Möglichkeit bestehe, mit einer Zusatzprüfung die Mittlere Reife nachzuholen, wodurch verschiedene Karrierewege eröffnet würden.

Im Weiteren fordern die StRinnen Rühle, Durst und von Stein einen Aufbau der Möglichkeiten zur Teilzeitausbildung im Bereich der Helfer- und Assistenzberufe in der Pflege. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Teilzeitausbildung gerade für Frauen, die zusätzlich mit der Kindererziehung beschäftigt sind, eine große Erleichterung sei. StRin von Stein macht in diesem Kontext darauf aufmerksam, dass viele Berufsschulen bislang kaum auf Teilzeitausbildungen eingestellt seien und der schulische Teil der Ausbildung oftmals in Gegensatz zum praktischen Teil zeitlich nicht gestreckt werden könne. Hier sei eine Veränderung wünschenswert und erforderlich.

Frau Grigsby betont im Folgenden ebenfalls die Notwendigkeit, künftig im Hinblick auf die Helfer- und Assistenzberufe in der Pflege die Möglichkeit zur Teilzeitausbildung zu schaffen. Dieses Angebot gebe es in der Stadt Stuttgart derzeit leider noch nicht, es sei aber in der Aufbauphase parallel zur allgemeinen Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung.

Die StRinnen Rühle und Müller-Enßlin äußern sich im weiteren Verlauf kritisch angesichts des Gehaltsunterschiedes zwischen Männern und Frauen sowohl bei den Altenpflegehelfern*innen als auch bei den Krankenpflegehelfern*innen (siehe Präsentation Folie 5). Es wird betont, dass ein solcher Verdienstunterschied zwischen den Geschlechtern bei gleicher Leistung nicht akzeptabel sei.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder durch Frau Grigsby beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen. Der Antrag ist damit erledigt.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand